



HESSISCHER LANDTAG

13. 09. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Hilfe zur Abfederung der Folgen der Energiekrise

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass das Entlastungspaket III der Bundesregierung für Millionen Bürgerinnen und Bürger auch in Hessen kurz und mittelfristige Erleichterungen schafft. Insbesondere Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen profitieren erheblich von den umfangreichen Maßnahmen. Neben der Strompreisbremse und der Energiepreispauschale für Rentnerinnen, Rentner, Studierende und Auszubildende ist insbesondere die Teilfinanzierung eines bundesweit gültigen Nahverkehrstickets zu begrüßen.
2. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, das Angebot des Bundes anzunehmen und sich an der Finanzierung eines Nachfolgetickets zu beteiligen. Die Menschen brauchen jetzt nachhaltige Lösungen. Ein günstiges ÖPNV-Ticket leistet eine erhebliche finanzielle Entlastung und trägt gleichzeitig zur Reduzierung der CO₂-Belastung bei.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Förderprogramm für Strom- und Wärmespeicher aufzulegen, um z.B. bisher abgeriegelte Einspeiseleistung bei Photovoltaikanlagen und Windenergie sinnvoll zu nutzen. Hierbei sollte eine Priorisierung der Genehmigungsverfahren erfolgen.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, weiterhin sicherzustellen, dass Privathaushalte auch im Falle akuter Kapazitätsengpässe der Energieressourcen mit Priorität versorgt werden. Weiterhin soll das Landes-Kartellamt darüber wachen, dass der Preiswettbewerb zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher funktioniert und dass alle Maßnahmen, die der Bund unternimmt, um die Marktsituation zu entspannen, unmittelbar an die privaten Haushalte weitergegeben werden.
5. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Notfallfonds zur Entlastung der Menschen bei den Lebenshaltungskosten, zum Schutz vor Strom- und Gassperren und Energiearmut zu entwickeln. Mit Hilfe des Fonds soll in Ausnahmesituationen denjenigen finanziell unter die Arme gegriffen werden, die ihre Strom- und Gaskosten nicht bezahlen können und denen deshalb eine Strom- und Gassperre droht. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Meldestelle für Menschen einzurichten, die akut von einer Strom- oder Gassperre bedroht sind. Es muss eine Härtefallregelung geschaffen werden, damit alle Menschen gut durch den Winter kommen.
6. Wir fordern die Hessische Landesregierung auf, sich bei den Energieversorgern insbesondere für die Verbraucherinnen und Verbraucher einzusetzen, die bereits hohe Energieschulden haben. Hier muss es faire Ratenzahlungsvereinbarungen geben, die es den betroffenen Haushalten ermöglichen, sich aus eigener Kraft aus den Schulden zu befreien.
7. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Verbraucherzentrale mit mehr finanziellen und personellen Kapazitäten auszustatten, um die Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken. Hierbei sollen insbesondere juristische Hilfeleistungen, Energieberatung und die soziale Arbeit gestärkt werden. Das breit gefächerte Beratungsangebot dient insbesondere Menschen, die ihre Rechte nicht kennen oder finanziell nicht mehr weiterwissen. Eine Förderung von Energiesparmaßnahmen kann hier außerdem weitere notwendige Unterstützung leisten.
8. Der Hessische Landtag begrüßt die im Entlastungspaket der Bundesregierung vorgesehene Unterstützung für Betriebe. Das gilt etwa für die Einführung einer Strompreisbremse oder dafür, den Kreis der für das Energiekostendämpfungsprogramm anspruchsberechtigten Betriebe, die bislang nicht auf der sogenannten KUEBBL-Liste stehen, zu erweitern. Der

Landtag stellt fest, dass mit einem Bundesprogramm alleine nicht alle Branchen und Themenstellungen abschließend geklärt werden können. Aber auch hier braucht es insbesondere für energieintensive Unternehmen und Betriebe wie bspw. Bäckereien unterstützende Maßnahmen des Landes.

9. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, alles dafür zu tun, dass die Hochschulen trotz Energiekrise auch im Winter offenbleiben und die Studierenden so viel Präsenzlehre wie möglich erhalten. Sollte der finanzielle Spielraum der Hochschulhaushalte nicht ausreichen, um die Zusatzbelastung aufgrund der erheblichen Gas-Preissteigerungen zu bewältigen, muss das Land die Hochschulen mit zusätzlichen Mitteln aus einem Notfallfonds unterstützen. Forschung und Lehre müssen in diesem Winter reibungslos weiterlaufen können. Es darf keinen Gas-Lockdown der Hochschulen geben.

Begründung:

Wir stehen vor einer der größten energiepolitischen Herausforderungen. Derzeit ist unklar, in welcher Situation wir im Herbst bzgl. der Gasversorgung sein werden. Die Bundesregierung hat mit dem Entlastungspaket III substanzielle Hilfen in der Energiekrise vorgelegt. Bevölkerung und Wirtschaft werden wirksam dabei unterstützt, mit den extrem gestiegenen Energiepreisen zurecht zu kommen. Die immer weiter steigenden Belastungen für die Menschen erfordern aber auch die Unterstützung und das Handeln der Hessischen Landesregierung. Wir müssen auf allen Ebenen alles dafür tun, um den finanziell schwächeren Haushalten wirksam unter die Arme zu greifen. Oberste Priorität muss sein, dass alle Hessinnen und Hessen durch den Winter kommen, ohne in ihren Wohnungen frieren zu müssen oder im kommenden Jahr ihre Gasrechnung nicht bezahlen zu können. Die Energiekrise darf nicht zu einer sozialen Krise werden und dazu muss auch das Land einen Beitrag leisten. Hier muss sich Hessen ein Beispiel an anderen Bundesländern wie Niedersachsen oder dem Saarland nehmen und die Forderung des DGB Hessen-Thüringen nach einem hessischen Notfallfonds aufgreifen.

Wiesbaden, 13. September 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph